

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/111

Bonn, den 19. Juni 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Ohne Pannen unter Dach und Fach</u> Zur Verabschiedung des Bundeshaushalts 1970 Von Max Seidel MdB, Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes	68
3	<u>Kann die CDU noch diskutieren?</u> Schröders Wunsch und die Bonner Wirklichkeit	40
4	<u>Kontinuität und Reformen</u> Alfred Kubels neues Niedersachsen-Kabinett	40
5	<u>Sport am Arbeitsplatz</u> Großes Interesse bei Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden	46

Ohne Fannen unter Dach und Fach

Zur Verabschiedung des Bundeshaushalts 1970

Von Max Seidel MdB,  
Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Die Bundesregierung Brandt/Scheel hat es geschafft, bravurös geschafft. Der Bundeshaushalt 1970, der erste der neuen Bundesregierung, wurde vom Bundestag mit Mehrheit verabschiedet. Drei Monate nach der Regierungserklärung von Ende Oktober 1969 hatte der erste sozialdemokratische Bundesfinanzminister Dr. Alex Möller den Entwurf dem Bundestag und dem Bundesrat vorgelegt. Erstaunlich, daß in dieser kurzen Zeit ein solch solides und mit neuen politischen Schwerpunktakzenten versehenes Zahlenwerk vorgelegt werden konnte, und daß man außerdem den Mut hatte, durch das Nachreichen des Ergänzungshaushaltes dem Gesamtentwurf die notwendige Korrektur und letzte Ordnung zu geben. Kaum vier Monate brauchte der Haushaltsausschuß des Bundestages, um die gründliche Einzelberatung abzuschließen, so daß der Bundestag noch vor der Sommerpause in ausführlicher Debatte die 2. und 3. Lesung bewältigen konnte.

Ganz ohne Sorge und Risiken ging der Bundesfinanzminister an diese Arbeit gewiß nicht heran, denn mit der Mehrheit von 17:16 Stimmen im Haushaltsausschuß wären unangenehme Überraschungen durchaus möglich gewesen. Wie die Bundesregierung so legten auch die Regierungsfractionen im Haushaltsausschuß Wert darauf, die eigene haushalts- und finanzpolitische Konzeption nicht von der Opposition stören oder umfunktionieren zu lassen. An Versuchen hat es nicht gefehlt. Sie sind alle gescheitert. Den CDU/CSU-Vertretern konnte man ständig ihr Erstaunen darüber anmerken, wie zielstrebig die Koalitionsparteien SPD und FDP den Haushaltsplan gestalteten. Warum diese Anmerkung? Nun, in den letzten 20 Jahren hatte sich bei der CDU/CSU die Einbildung festgesetzt, nur sie könnte einen sachgerechten Haushalt vorlegen, und nun ging es erstmalig wirklich ohne ihre Führung, ohne ihren Segen. Für diesen Umstellungsprozeß der CDU/CSU vom scheinbar Unentbehrlichen zum Entbehrlichen braucht sie ihre Zeit. Sie soll sie haben.

Der Haushalt 1970 schließt mit 90,9 Milliarden DM in seinen Einnahmen und Ausgaben ab. Die erheblichen Steigerungen um rd. zehn

Milliarden DM gegenüber 1969 kommen im wesentlichen dem sozialen Bereich, dem Wohnungsbau, dem Verkehr, der Bildung, der Landwirtschaft und der Verteidigung zugute. Daß dies die CDU/CSU verleugnet, sollte niemand verwundern, denn sie hatte niemals ein auf die Zukunft angelegtes Programm im Zahlenwerk des Bundeshaushaltes ausgewiesen.

Mit allen Künsten parlamentarischer Finessen versuchte die Opposition im Rahmen der Haushaltsdebatte der Regierung Niederlagen beizubringen. Es ist ihr bei aller Heftigkeit der Reden und der Störmanöver durch Fangfragen einschließlich der Vielzahl der Anträge nicht gelungen, die Koalition auseinanderzubringen. In drei namentlichen Abstimmungen ist die CDU/CSU gescheitert. Diese Art von Opposition, einmal aus konjunkturellen Gründen zur radikalen Sparsamkeit im Haushalt aufzufordern, zum anderen aber dem Hause viele ausgabewirksame Anträge und Gesetze vorzulegen, wird der CDU/CSU-Führung auf Dauer keinen Gewinn bringen. An diese Politik mit doppeltem Boden wird die CDU/CSU zu allen Gelegenheiten erinnert werden. Nicht umsonst ist sie mehrmals der politischen Heuchelei bezichtigt worden. Diesem Zeugnis blieb sie bis zum letzten Tag der Dritten Lesung treu, denn ihr Hauptsprecher wurde zum Meister der politischen Verdrehungen und politischer Arroganz.

Eine solche Opposition überschlägt sich und wird damit in Wahrheit zur stumpfen Waffe gegenüber der Bundesregierung und der Koalition. Die Opposition ist zur Zeit auch der größte Zeitvertrödler für die Arbeit der Bundesregierung und des Parlaments. Bei ihr ist die Manie des Fragens ausgebrochen. Für die Auskünfte von vielen Kleinen und Großen Anträgen muß jedes Ministerium mehrere Referate beschäftigen. Die Antworten werden aber in ihrem Sachgehalt ignoriert, und so geht das Spiel in den Ausschüssen und im Parlament weiter und das alles bleibt schließlich ohne jeglichen Wert, weil es der CDU/CSU nicht um die Sache, sondern, wie die Gegenwart beweist, nur um den politischen Spektakel geht. Hoffentlich reicht die Sommerpause aus, daß bei der CDU/CSU die Einsicht wächst, daß die Opposition auf die Dauer im Bundestag nicht so verantwortungslos handeln kann. - Die Bundesregierung und die Koalitionsparteien SPD/FDP haben gute Nerven bewiesen, haben das Regierungsprogramm zielstrebig in Angriff genommen und den ersten Bundeshaushalt 1970 ohne Pannen unter Dach und Fach gebracht. Bei der knappen Koalitionsmehrheit eine respektable Leistung. Am festen Willen, bis 1973 es weiter so zu halten, wird es nicht fehlen.

### Kann die CDU noch diskutieren?

#### Schröders Wunsch und die Bonner Wirklichkeit

sp - Der stellv. CDU-Vorsitzende, Bundesaußenminister a.D. Dr. Gerhard Schröder, hat in einem Interview mit der Bischofszeitung "Publik" den Wunsch nach Fortsetzung der innerpolitischen Diskussion über die Lage und die Chancen ausgesprochen, die die Bundesregierung in ihren von ihm als notwendig bezeichneten Gesprächen mit der Sowjetunion und den anderen Ostblockstaaten haben könne.

Dr. Schröder hat in diesem Interview keinen Zweifel daran gelassen, daß er mit der Methodik der Ostpolitik der Bundesregierung nicht einverstanden ist. Das ist ein durchaus zulässiger Standpunkt. Aber mit dem von ihm geäußerten Wunsch nach Fortsetzung der innerpolitischen Diskussion wird er sich erst einmal gegenüber seinen eigenen Parteifreunden durchzusetzen haben. Was sich die Partei- und Fraktionsführung der CDU, von der CSU ganz zu schweigen, in den letzten Monaten, Wochen und Tagen an Deformierung dieses Begriffs Diskussion geleistet hat, das allerdings steht im diametralen Gegensatz zu dem vernünftigen Wunsch Schröders nach sachlicher, sachgerechter und nüchterner Auseinandersetzung in den Fragen des politischen Wohls von Staat und Volk. Seit dem letzten CSU-Parteitag, der die völlige Ein- oder besser Unterordnung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Rainer Barzel in die auf totale Negativopposition ausgerichtete Taktik des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß gebreht hat, ist die Union einen Weg gegangen, der mit Diskussion in nichts mehr zu tun hat. Die Jagt-und-schlägt-den-Feind-Methode, der sich die Barzel, die Heck und die anderen adäquaten Unionsprominenten ergeben und in der sie sich verfangen haben, läßt ihnen, die jüngsten Bundesratsdebatten haben es bewiesen, kaum noch freie Luft, um etwas anderes zu tun, als zu jagen und zu schlagen. In einer solchen stickigen Atmosphäre hat die Diskussion freilich wenig oder kaum noch Raum.

Wenn also Dr. Schröder mit seinem verdienstvollen Versuch, in der so wichtigen und aktuellen Problematik der Ost- und Deutschlandpolitik wieder zu einer Sachdebatte und Sachdiskussion zwischen Regierung/Koalition und Opposition zu kommen, Erfolg haben will, dann muß er daran gehen, seine eigenen Leute aus dem von ihnen selbst produzierten Teufelskreis des bloßen und immer emotionelleren Neinsagens herauszulotsen. Diese Aufgabe ist ihm zuvörderst gestellt. Wenn drüben, bei der Opposition, wieder die nüchterne Besinnung eingezogen sein wird, dann wird es hüben, bei Regierung und Koalition, durchaus möglich sein, dem Wunsch Dr. Schröders nach innerpolitischer Diskussion zu entsprechen. Die Voraussetzung dafür zu schaffen, das ist freilich allein Sache der Opposition.

+ + +

## Kontinuität und Reformen

---

### Alfred Kubels neues Niedersachsen-Kabinett

sp - Kontinuität und Reformen: Nach dieser Formel hat Niedersachsen designierter Regierungschef Alfred Kubel sein neues Kabinett zusammengestellt, das am 8. Juli im Landtag den 75 SPD- und 74 CDU-Abgeordneten präsentiert werden wird. So ist es auch zu verstehen, daß zwei Minister der neuen Landesregierung angehören werden, die nicht Abgeordnete sind. Einmal der bisherige Innenminister Richard Lenartz, der sich in einer Kampfabstimmung in der SPD-Fraktion mit zwei Stimmen Mehrheit gegen den hannoverschen Landrat Günter Kiehm durchsetzte und der die Kontinuität in seinem immer wieder umstrittenen Ministerium wahren soll. Zum anderen ist es der bisherige Staatssekretär im Finanzministerium, Prof. Dr. Siegfried Heinke, der nun dieses Ministerium leiten wird, nachdem sein bisheriger Chef Alfred Kubel die Regierungsgeschäfte als Ministerpräsident übernommen hat.

Im Amt bleiben die bisherigen Minister Kurt Partzsch (Soziales) und Herbert Hellmann (Bundesrat). Reformgeist soll von den neuen Ministern ausgehen, allen voran von Prof. Dr. Peter von Oertzen, der das schwierige Kultusressort übernommen hat. Er soll nicht nur die Gesamtschule in Niedersachsen durchsetzen, sondern auch die dringend notwendigen anderen Reformen im Bildungsbereich, wie beispielsweise die Hochschulreform. Ähnliche Reformen werden auf dem Justizsektor, der bisher unter dem CDU-Minister Bosselmann reichlich verstaubt wirkte, von dem neuen Minister Hans Schäfer erwartet, während auf dem Gebiet der Landwirtschaft Klaus Peter Bruns bereits an die Reformen anschließen kann, die der einstige Landwirtschaftsminister Kubel begonnen hatte. Ein besonderes Experiment, das bereits einen positiven Widerhall bei der Wirtschaft gefunden hat, ist die Berufung des DGB-Landesvorsitzenden Helmut Greulich zum Wirtschaftsminister.

Kubel hat so sein Kabinett zusammengestellt, in dem sich Erfahrung mit Fortschrittsgeist paaren. Das war die erste Voraussetzung dafür, um mit der knappsten aller Mehrheiten im Landtag, nämlich nur einer Stimme, regieren zu können. Daß Kubel dabei die Versachlichung des Verhältnisses zur Opposition sucht, ist nur verständlich. Kubel will jedenfalls die CDU-Fraktion mit ihrem neuen Vorsitzenden Wilfried Hasselmann nicht nur laufen unterrichten, sondern ist auch bereit, Anregungen entgegenzunehmen. Das könnte zu einem neuen parlamentarischen Stil in Niedersachsen führen.

+ + +

## Sport am Arbeitsplatz

### Großes Interesse bei Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden

Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände zeigen mehr als nur Interesse, und der Deutsche Sportbund kann auf einen weiteren Schritt seiner gesundheits- und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen für den Sport in der Bundesrepublik hoffen. "Sport am Arbeitsplatz" heißt die zwar neue, aber in der Bundesrepublik bisher nur meist in Einzelfällen praktizierte "aktive Gesundheitstherapie". Dabei ist es höchst interessant, daß ein neuer und vielversprechender Vorstoß von der sportpolitischen Seite des Bonner Parlaments unternommen wurde.

Friedel Schirmer, Vorsitzender der SPD-Arbeitsgruppe Sport, setzte durch ein Gespräch mit dem DGB-Vorsitzenden Vetter die Gesprächsrunde mit den Förderungsbeteiligten in Gang. Zuvor hatte der Ex-Leistungssportler und ehemalige Sportreferent des Landes Nordrhein-Westfalen bei einigen Großunternehmen in Wolfsburg und Düsseldorf deutliche Starhilfe erhalten. Die Unternehmensleitungen erklärten sich bereit, nachzuholen, was in der Vergangenheit nicht recht bewertet wurde: Sportstätten am Arbeitsplatz als Ausgleichsfunktion des überwiegend technisierten und automatisierten Arbeitsablaufes. Neben der sportmoralischen Unterstützung sind auch institutionelle Maßnahmen - beispielsweise der Einsatz von Sportreferenten - durch die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände keine Utopie.

Zwar können die "Normalbeispiele" der sportlichen Arbeitsunterbrechungen in den meisten Ostblockstaaten - mit dem Schwerpunkt UdSSR und DDR - aus gesellschaftspolitischen Aspekten generell nicht übertragen werden, doch dürften auch Ergebnisse von der Kombination "Arbeit - Sport" aus Japan, die demnächst der SPD-Arbeitsgruppe Sport mit den Werten aus der UdSSR vorliegen werden, von Bedeutung sein. Zur "Mitwirkung oder Beteiligung" der Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei der Förderung der Sportvereine des Breiten-, Leistungs- und Spitzensports hat die SPD in ihren Grundsatzdarlegungen "Sport und Staat 70" für einen Sportförderungsplan der Bundesrepublik, der bisher in rund 60.000 Exemplaren gedruckt und verteilt wurde, klare Aussagen gemacht. Wie aber soll sich der Sport am Arbeitsplatz in der Praxis vollziehen?

Friedel Schirmer, Goldmedaillen-Zehrkampftrainer: "Zu überlegen wird auch sein, ob die bisherige Form des Arbeitsprozesses in ihren Abläufen über viele Stunden hinweg nicht dadurch verbessert werden könnte, daß wir nach einigen Stunden über 10 oder 15 Minuten hinweg dann für die Frauen Gymnastik und für die Männer Spiele ihrer Neigungen durchführen lassen, um sie so einfach von der Belastung des Arbeitsplatzes hinwegzubringen."

Im Bundestag will man mit gutem Beispiel vorangehen. Neben den obligatorischen Verwaltungsbauten soll im nächsten Bauabschnitt in der Gronau ein Schwimmbecken, eine Sauna und ein Turnhallenraum für Parlamentarier und Bedienstete errichtet werden. Keine schlechte Sache, wenn die öffentlichen Arbeitgeber hier beispielhaft wirken.

Ernst Dieter Schmickler